

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

18.00 Uhr - 21.40 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

SPD

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt - Vorsitzender -

II. Bürgermeister Eiwin Scholl

Ratsherr Hans Abels

Ratsherr Dieter Dilling

Ratsfrau Herta Everwien

(ab 18.10 Uhr)

Ratsherr Hans Grigull

Beigeordnete Helga Grix

Beigeordneter Hans-Dieter Haase

Beigeordneter Jürjen Heinks

Ratsfrau Inge Hoffmann

Ratsherr Horst Jahnke

Ratsherr Richard Janssen

Ratsherr Wilhelm Jerems

Beigeordneter Wilhelm Leeker

Ratsherr Rico Mecklenburg

Ratsfrau Elfriede Meyer

Ratsfrau Marianne Pohlmann

Ratsherr Ihno Slieter

Ratsherr Johann Südhoff

Ratsherr Johann Wessels

Ratsherr Richard Woldmer

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz

Ratsherr Reinhard Hegewald

Ratsherr Uwe Hellmann

Ratsfrau Monika Hoffmann

Ratsfrau Sieglinde Kaune

Ratsherr Nils Köhler

(bis 19.40 Uhr)

Ratsherr Hinrich Odinga

Ratsherr Werner Vollprecht

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken
Beigeordnete Christine Schmidt-Reinders
Ratsherr Hermann Züchner

(ab 18.10 Uhr)

F.D.P.

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsherr Erich Bolinius

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Ludwig Hemken
Stadtbaurat Jan Röttgers
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt
Stadtangestellte Ursula Pientka als Protokollführerin

ca. 10 Zuhörerinnen und Zuhörer
Vertreter der örtlichen Presse

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Kleinschmidt eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Ratssitzung sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Kleinschmidt teilt mit, zu TOP 19 Betriebsatzung für das Hans-Susemihl-Krankenhaus liege eine neue Vorlage mit der vom Krankenhausausschuss und VA empfohlenen Ergänzung vor.

Zu TOP 23 Sanierung Barenburg "Soziale Stadt" werde Seite 3 der Satzung ausgetauscht, da in § 4 Abs. 2 der Satz 5 wieder eingefügt werden solle.

Zu TOP 13 I. Nachtragshaushaltssatzung gebe es eine korrigierte Änderungsliste.

TOP 24 I. Satzung zur Änderung der Satzung über den Schutz des Baumbestandes werde heute abgesetzt, da die Beratung im VA nicht zu Ende geführt worden sei.

Herr Brinkmann ergänzt, ihm liege ein vorläufiger Auszug aus dem VA-Protokoll vor, dem zu entnehmen sei, dass der Antrag auf Vertagung des Punktes mit 5 : 4 Stimmen angenommen worden sei. Damit sei dieser Punkt nicht für den Rat vorbereitet und könne heute nicht behandelt werden.

Herr Leeker erklärt, seine Fraktion ziehe heute den Antrag zurück und verweise auf die nächste Ratssitzung.

Einwendungen gegen die geänderte Tagesordnung werden nicht erhoben.

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/1290
Wahl der Vertrauenspersonen als Beisitzer für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2001 - 2004

Beschluss: Der Rat wählt folgende Vertrauenspersonen als Beisitzer für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen:

1. Jürjen Heinks, Elsterstraße 8, 26723 Emden
2. Marianne Pohlmann, Föhrenweg 8, 26725 Emden
3. Richard Janssen, Uttumer Reihe 7, 26721 Emden
4. Dieter Dilling, Ulmenstraße 38, 26725 Emden
5. Sieglinde Kaune, Douwesstraße 17, 26721 Emden
6. Reinhard Hegewald, Korvettenweg 8, 26723 Emden

Ersatzpersonen:

Johann Südhoff, Sanddornweg 1, 26725 Emden
Monika Hoffmann, Cirksenastraße 47, 26723 Emden

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Vorlage 13/1276
Ernennung eines Feuerwehrmannes zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Wybelsum/Logumer Vorwerk

Beschluss: Der Feuerwehrmann Wolfgang Dirks ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Wybelsum/Logumer Vorwerk zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 6: Vorlage 13/1277
Ernennung eines Feuerwehrmannes zum stellv. Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Wybelsum/Logumer Vorwerk

Beschluss: Der Feuerwehrmann Thomas Goos ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum stellv. Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Wybelsum/Logumer Vorwerk zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

(Frau Schmidt-Reinders und Frau Everwien nehmen an der Sitzung teil.)

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Punkt 7: Vorlage 13/1274
Jahresrechnung und Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 1998

Herr Hemken erläutert die Vorlage.

Herr Leeker führt aus, der RPA-Prüfbericht sei ausführlich im Rechnungsprüfungsausschuss behandelt worden. Alle anstehenden Fragen seien zur Zufriedenheit beantwortet worden. Er denke, man sollte der Verwaltung für ihre geleistete Arbeit Anerkennung aussprechen und der Vorlage zustimmen.

Herr Bongartz schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an. Auch seine Fraktion habe den Prüfbericht zur Kenntnis genommen und keine Einwendungen vorzubringen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß § 101 NGO die Jahresrechnung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1998 und die Entlastungserteilung des Oberstadtdirektors und zugleich des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 1998.

Dieser Beschluss umfasst auch den Jahresabschluss des Hans-Susemihl-Krankenhauses. Der Bilanzgewinn in Höhe von 17.121,08 DM wird vorge-
tragen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 8: Vorlage 13/1206
Abfallsatzung der Stadt Emden

Herr Röttgers teilt mit, es gehe bei dieser Vorlage um die generelle Überarbeitung der bisherigen Abfallsatzung, um sie an die gesetzlichen Bestimmungen anzupassen. Für die Bürger habe dies keinerlei Auswirkungen.

Beschluss: Der Rat beschließt die dieser Vorlage als Anlage beigefügte Abfallsatzung der Stadt Emden.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 9: Vorlage 13/1200/1
Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung zum 01.07.2000

Herr Hemken führt aus, hier gehe es zunächst um den Gebührenhaushalt 2000. In diesem Jahr sei eine Unterdeckung von 2,3 Mio. DM zu erwarten, die aus der Körperschafts- und Gewerbesteuerpflicht sowie aus zurückgehenden Einnahmen in Teilbereichen der Abfallbeseitigung herrühre.

Die Verwaltung habe dazu Vorschläge unterbreitet, die eingehend im Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Finanzen sowie im VA beraten worden seien mit dem Ergebnis, dass es zu einem geänderten Beschlussvorschlag gekommen sei.

Herr Leeker geht davon aus, dass die TOP 9 bis 11 zusammenhängend behandelt würden.

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Er habe in den letzten Tagen ein Bild in der Zeitung gefunden, das ihn als Müllmann zeige, mit entsprechendem Text dazu. Mit letzterem könne er allerdings nicht zufrieden sein, denn er entspreche nicht der Mühe und dem Aufwand, den man in dieser Frage betrieben habe mit dem Ergebnis, dass ein Gegenvorschlag gemacht worden sei mit bestimmten Inhalten, die er hier darstellen wolle.

Man habe noch die Mitteilung der Verwaltung in Erinnerung, dass das Defizit des Jahres 1999 1,3 Mio. DM betrage und davon 1,2 Mio. DM Steuern seien. Somit habe das vorige Modell nur mit einem Defizit von 100.000 DM abgeschlossen, wobei gesagt worden sei, dass man 500 t Müll weniger gehabt habe. Das Modell sei also nicht schlecht gewesen.

Man habe darauf vertraut, dass die Verwaltung ihre Zusage einhalte, dem Rat in vierteljährlichen Abständen das Ergebnis zur Kenntnis zu geben. Das sei leider nicht passiert. Es werde bedauert, dass jetzt diese Summe aufgelaufen sei und am Ende des Jahres ein Defizit von 2,3 Mio. erwartet werde, wenn nichts geschehe.

Allerdings sei man der Meinung, dass künftig solche Informationen erforderlich seien. Man habe z.B. in Detmold sowie in anderen Städten gehört, dass solche Informationen des Rates unverzichtbar seien. Seine Fraktion habe sich bemüht, die Belastung, die auf den einzelnen Gebührenzahler zukomme, in einem bestimmten Rahmen zu halten, damit auch diejenigen, denen es schwer falle, die Gebühr zu bezahlen, nicht völlig überfordert würden.

Man habe sich dann anhören müssen, dass das ein Verschiebebahnhof sei und den Leuten Sand in die Augen gestreut werde. Das sei nicht der Fall. Man habe keinen Zweifel daran gelassen, dass man in einem verlängerten Zeitraum die Summe beibringen müsse mit diesem Modell, und zwar innerhalb von 3 Jahren.

Es helfe einer alten Frau, die als Witwe eine schmale Rente erhalte, nicht, wenn das Defizit in einem halben Jahr möglichst weitgehend ausgeglichen und eine Gebühr genommen werde, die für sie unannehmbar sei. Von daher sei man der Meinung, dass der Vorschlag einigermaßen sozial sei. Seine Fraktion stehe weiterhin voll hinter ihrem Vorschlag und möchte darüber auch abstimmen lassen.

Herr Hegewald erinnert daran, dass seine Fraktion viele Entscheidungen mitgetragen habe, auch unbequeme, die Belastungen für die Bürger mit sich gebracht hätten, wie z.B. in der Konsolidierungsphase. Aber jetzt sei aus ihrer Sicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Sie werde der Vorlage nicht zustimmen.

Ihrer Meinung nach habe die Verwaltung das Thema Steuernachzahlung nicht unbedingt mit der gebührenden Sorgfalt behandelt, denn eine solche Steuernachzahlung komme nicht aus heiterem Himmel. Andere Städte hätten Rückstellungen gebildet und den Rat rechtzeitig informiert. Die Information im letzten Herbst sei nicht früh genug erfolgt. Er möchte daran erinnern, dass Herr Bongartz 1998 schon gemutmaßt habe, dass die Gebühren nicht ausreichen würden. Dies sei von der Verwaltung bestritten worden. Eine frühzeitige Information wäre daher wünschenswert gewesen wie auch die Bildung von Rückstellungen, damit die Bürger nicht in großen, sondern in kleinen Schritten belastet würden.

Seine Fraktion vertrete die Ansicht, dass es in einer solchen Situation darum gehen müsse, die Kosten zu senken, und habe z.B. den Vorschlag gemacht, die Sperrgutabfuhr auszugliedern und der AAGE zu übertragen, weil man das Defizit beim Sperrmüll nicht nur dieses Jahr, sondern auch in den nächsten Jahren sehe. Diese Vorschläge seien nicht gewürdigt worden.

Dieses Jahr sei ein schweres Jahr für die Bürger, denn nach der Ökosteuer, die fast alle belaste, und den erhöhten Gaspreisen komme jetzt diese geplante Gebührenerhöhung hinzu. Das sei unzumutbar für die Bürger dieser Stadt, weil alles auf einmal komme.

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Seine Fraktion habe von einer Mogelpackung gesprochen, was auch zutreffe, wenn das aufgelaufene Defizit gestreckt werden solle. Die Emdener Bürger müssten nicht nur das Defizit bezahlen, sondern auch die Zinsen, die für die Tilgung aufgelaufen seien, so dass es am Ende mehr als 30 % seien. Seine Fraktion sei zu der Überzeugung gelangt, dass sie diesem Beschlussvorschlag der Verwaltung und der SPD-Fraktion nicht zustimmen werde.

Herr Renken führt aus, seine Fraktion habe schon im Fachausschuss dargelegt, dass sie diesem Beschlussvorschlag ihre Zustimmung nicht geben werde. Bis 1994 habe die Entleerung eines 35 Liter-Eimers in der Stadt Emden 107,00 DM im Jahr gekostet, und jetzt müsse man 205,00 DM bezahlen. Das sei eine Steigerung um fast 100 % in 6 Jahren. Da müsse sich der Bürger zu Recht fragen, was da für Preise verlangt würden. Der Oberbürgermeister habe 1994 gesagt, dass weitere Gebührenerhöhungen im Abwasser- und Müllbereich kaum vertretbar seien, wie in der OZ nachzulesen sei.

Von daher müsse das Kostengebaren der Verwaltung in den letzten Jahren mit aller Ernsthaftigkeit hinterfragt werden. Seine Fraktion sei der Überzeugung, dass neben den Defiziten, die hier erläutert worden seien, auch hausgemachte Probleme immer noch nicht beseitigt worden seien bzw. mitgeschleppt würden. Auch der Modellversuch in Port Arthur/Transvaal habe über 10 Jahre lang den Gebührenhaushalt mit 1,6 Mio. DM belastet. Man hätte einen solchen Modellversuch längstens über drei Jahre laufen lassen und sich dann überlegen sollen, ob das System eingeführt werde oder nicht.

Zum anderen sei man der Meinung, dass noch weitere Einsparpotentiale vorhanden seien. Er denke z.B. an eine schrittweise Umstellung der gelben Säcke auf gelbe Tonnen und Verlängerung der Einsammelrhythmen auf 4 Wochen bei Altpapier und DSD. Ebenso schließe man sich dem Vorschlag an zu untersuchen, mit welchen Maßnahmen das erhebliche Defizit im Bereich Sperrmüll reduziert werden könne.

Es sei zumindest für viele Bürger unverständlich, dass man auf der einen Seite bei der Gewerbesteuer profitiere beim DSD, aber auf der anderen Seite die Gebührenberechnung für den Bürger jetzt so ausfalle. Wenn Überschüsse erzielt würden, müssten diese an die Bürger zurückgegeben werden, statt diese noch zusätzlich zu belasten. Von daher sei nicht genug getan worden, um den Gebührenanstieg zu begrenzen. Seine Fraktion werde daher den Vorschlag heute ablehnen.

Herr Bolinius gibt namens der F.D.P.-Fraktion folgende Stellungnahme zum Thema "Müllgebühren" ab:

"Um es gleich vorweg zu sagen, die F.D.P.-Fraktion lehnt die Gebührenerhöhung zum 01.07.2000 in Höhe von rund 20 %, die durch das Rechenkunststück der SPD-Fraktion von 30 % auf diese 20 % gesenkt wurde, ab. Zahlen muss der Bürger bei dieser Änderung so oder so, die Belastung wird nur in die Zukunft verschoben.

Der Hauptgrund unserer Ablehnung ist folgender:

Die 4 Fraktionen hatten mit Schreiben vom 08.05.2000 den Verwaltungsvorstand aufgefordert, bis zum 22. Mai 2000 verschiedene Fragen zu beantworten. Die Frage 2 lautete wie folgt:

"Vergleichbare Angebote **von Privatunternehmen** sind einzuholen, und zwar

- a) für die gesamte Müllabfuhr (und zwar nach bisheriger Methode und gemäß dem neuen Wiegesystem)
- b) gesondert für die Entsorgung von Kühlgeräten

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

c) gesondert für die Abholung von Sperrmüll aus Haushaltungen."

Diese Frage wurde nicht, wie von den Fraktionen gefordert, beantwortet. Die Verwaltung schreibt hierzu wörtlich:

"Im Zusammenhang mit der Frage 2 (Vergleich mit Privatunternehmen) wurden die aktuellen Preise der Firma Beekmann herangezogen, für die diese im Emdener Stadtgebiet zurzeit die Papierabfuhr und die Bioabfuhr im Ortsteil Transvaal durchführt."

Diese Antwort reicht der F.D.P.-Fraktion für eine Beurteilung jedoch nicht aus. Auch nicht, dass Gebührensätze von anderen Kommunen vorliegen, die Privatunternehmer mit der Müllentsorgung beauftragt haben. In jeder Stadt ist die Situation anders. Der Oberbürgermeister hat in einem Schreiben vom 11.05.2000 den Fraktionen hierzu mitgeteilt, dass nach geltendem Recht eine Ausschreibung EU-weit erfolgen müsse, und eine Vergabe müsse dann ebenfalls nach EU-Recht erfolgen. Diese Aussagen sind - auch in der Öffentlichkeit - sehr kontrovers diskutiert worden. Es gab und gibt verschiedene Meinungen darüber. Ich will diese Diskussion hier nicht wiederholen, sage aber, dass ich die Eskalation in diesem Punkt bedauere.

Bemerken möchte ich in diesem Zusammenhang jedoch mit Nachdruck, dass die F.D.P.-Fraktion nicht grundsätzlich für eine Privatisierung ist, aber Preisvergleiche sollten schon vorliegen, damit abgewogen werden kann, ob eine städtische Müllabfuhr sinnvoll ist oder nicht.

Rat und Verwaltung schulden den Bürgern nicht nur die Aufgabenerfüllung, sondern auch kostengünstigste Lösungen. Den Bürgern ist es egal, ob ein privater oder ein städtischer Müllwagen vorfährt, die Kosten sind ihnen wichtig.

Ich erinnere hier daran, dass die Stadt ihre Briefe durch private Zusteller verteilen lässt. Bei Postversand und Telefon sind schon heute durch den Wettbewerb die Preise erheblich gesunken, zum Vorteil der Kunden. Ob dies bei der Entsorgung auch so sein kann, sollte ein Kostenvergleich mit Privatanbietern zeigen. Wo es um das Geld der Bürger geht, die die Kosten über Gebühren zu tragen haben, müssen wirtschaftliche, nicht ideologische Entscheidungen getroffen werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Sperrgutabfuhr eingehen. Diese Gebühr ist uns ebenfalls zu hoch. Hans-Dieter Haase, SPD-Ratscherr, MdL und immerhin auch SPD-Unterbezirksvorsitzender, hat am 24. Mai 2000 in der örtlichen Presse gesagt, dass er eine Sperrgutabfuhrgebühr von 75 DM für zu teuer halte. 50 DM sollten reichen; außerdem sollte einmal im Jahr kostenlos Sperrgut zu einem festen Termin abgefahren werden. Mit diesem Vorschlag hätten wir uns anfreunden können. Leider hat Herr Haase in diesem Punkt die Mehrheit der Fraktion nicht hinter sich bringen können.

Wir halten, wie bereits gesagt, die Gebühren für die rund 21.000 Müllgefäße für zu hoch. Kostete die Abfuhr für ein 35-Liter-Gefäß im Jahre 1990 noch 80,00 DM, so sollen es ab 01.07.2000 205,00 DM sein, das sind 156 % Steigerung. Bei dem 50-Liter-Gefäß ist die Steigerung noch drastischer, diese Abfuhrgebühr stieg seit 1990 um 180 Prozent. Die Inflationsrate beträgt seit dieser Zeit 25,5 %. Daran kann meines Erachtens jeder sehen, dass etwas mit der Höhe der Gebührenentwicklung nicht stimmen kann, auch wenn der Rückstellungsbetrag für die Sanierung der Deponie an der Normannenstraße berücksichtigt wird.

Im Übrigen betrug die Erhöhung der Schmutzwassergebühr von 1990 bis heute rund 64 % (von 3,20 DM/cbm auf 5,25 DM/cbm).

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Es sollte interfraktionell überlegt werden, ob nicht ein neutraler Wirtschaftsprüfer diese Entwicklung einmal prüft. Vielleicht bekommen wir aber auch ja schon Informationen von der Unternehmensberatungsfirma, die zurzeit die Verwaltung prüft. Wir sind gespannt darauf.

Jetzt noch ein paar Worte zur Biomüllabfuhr, diese lehnen wir aus Kosten- und Gesundheitsgründen ab. Ich erinnere hier an wissenschaftliche Ausarbeitungen, die beweisen, dass unter anderem durch Pilze in Bio-Mülltonnen Krankheiten entstehen können. Das sollten die Emdener Grünen, die immer noch die Biomüllabfuhr wollen, auch einmal bedenken. Wir sind der Meinung, dass die Eigenkompostierung in Emden - viele Familien haben Gärten - ausreichend, um den Forderungen des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes zu genügen.

Zum Vorschlag der Verwaltung zur Einführung des Wiegesystems ab 01.01.2001 ist Folgendes zu sagen:

Die F.D.P.-Fraktion fordert seit Ende der achtziger Jahren diese Art der Müllgebührenberechnung. Allerdings halten wir die Zeit für die Einführung des neuen Systems für das gesamte Stadtgebiet zum 01.01.2001 für entschieden zu kurz. Die Besichtigung und die Gespräche in Detmold haben gezeigt, dass ein zeitlich großer Vorlauf, u.a. für eine intensive Information der Bevölkerung, unbedingt notwendig ist.

Wir haben vorgeschlagen, wenn man sich schon für die Einführung ab dem 01.01.2001 entscheidet, nur in einem Stadtteil zu beginnen, um Erfahrungen zu sammeln. Darauf ist man jedoch nicht eingegangen, die Gründe für die Ablehnung sind unseres Erachtens nicht plausibel. Auch haben wir in Gesprächen mit der Verwaltung und den anderen Fraktionen gemerkt, dass eine von uns vorgeschlagene Verschiebung der Einführung auf den 01.07.2001 nicht gewollt ist. Wir bedauern das sehr.

Aus den soeben genannten Gründen lehnen wir eine Einführung des Wiegesystems ab 01.01.2001 ab. Wir wollen für die Schwierigkeiten, die ab 01.01.2001 wegen der **Kurzfristigkeit** der Einführung garantiert auftreten, nicht verantwortlich gemacht werden. Allerdings sind wir jederzeit bereit mitzuhelfen, den Bürgern in persönlichen Gesprächen und in Veranstaltungen jeglicher Art die Vorteile des Wiegesystems zu vermitteln."

Herr Leeker teilt mit, der Vorsitzende der CDU-Fraktion habe in Aussicht gestellt, dass seine Fraktion ggf. zustimmen würde, wenn die Sperrgutabfuhr anders geregelt werde. Seine Fraktion sei der Meinung, dass die Beschäftigungsgesellschaft sehr wohl eingesetzt werden könne, um Gegenstände, die einigermaßen gebrauchsfertig oder reparabel seien, abzuholen, aber nicht die Berge von Sperrgut, die an der Straße stünden. Man müsse sich aber darüber im Klaren sein, dass auch dort Kosten entstünden.

Es sei in dieser Stadt zu beobachten, dass oft zwei oder noch mehr vollbeladene LKW für 75 DM abgefahren würden. Dann sei das ein Spottpreis. Man habe diesbezüglich nachgefragt, wie man das verhindern könnte, und die Antwort erhalten, dass dies rationeller sei als wenn man viele kleine Teile abholen würde.

Von daher sei man damit zufrieden, allerdings sei auch seiner Fraktion das Defizit von 500.000 DM noch zu hoch, und man möchte erreichen, dass durch verschiedene Maßnahmen wie z.B. Aufmöbeln gebrauchsfertiger Teile und Freigabe zum Verkauf die Mengen reduziert und Kosten gespart würden.

Darüber hinaus sei in die Satzung aufgenommen worden, dass Kühlgeräte selbst angeliefert werden könnten für 35,00 DM, so dass nicht 80,00 DM bezahlt werden müssten. Man werde in der Tat weitere Überlegungen anstellen, was noch geschehen könne.

Es sei der Vorwurf gekommen, man nehme eine kosmetische Operation vor und stelle Rechenkunststücke an. Er gebe zu bedenken, dass es durchaus möglich sei, dass der Bürger

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

doch mehr spare als man vermute. Alle Kalkulationen seien Kalkulationen in die Zukunft. Man sollte hoffen, dass er mehr spare, und dann sei auch die Streckung der Kosten vertretbar. Dass dabei Zinskosten anfielen, sei natürlich klar, aber man habe festgestellt, dass es auf der anderen Seite auch Zinserträge gebe, so dass sich das ausgleiche.

Zur Neuorganisation der Müllabfuhr und Einführung des Wiegesystems, das die F.D.P.-Fraktion nach ihren Angaben schon seit 10 Jahren fordere, sei Folgendes zu sagen: Wenn bisher nur 15 % der Tonnen im Wege des Wiegesystems abgefahren würden, so weise das auf die Schwierigkeiten hin, die dabei zu bewältigen seien. Man habe eigens in Cuxhaven den Leiter der Abfallverwertung gesprochen, der umfangreich die Schwierigkeiten aus seiner Sicht dargestellt und dazu gratuliert habe, dass man erst jetzt mit der Verwiegung anfangen wolle. Hätte man damit schon vor vielen Jahren begonnen, hätte man ein noch größeres Chaos gehabt, als die Detmolder es trotzdem noch erlebt hätten, als sie vor wenigen Jahren angefangen seien. Es sei klug gewesen, bis heute damit zu warten und eine technische Entwicklung abzuwarten, die man dann auch vertreten und akzeptieren könne.

Seine Fraktion sei ebenfalls der Meinung, dass die Information der Bevölkerung umfassend geschehen und die Stadt alle Kräfte einsetzen müsse, damit das neue System angenommen werde. Allerdings habe man nur ein halbes Jahr zur Verfügung, wovon noch die Urlaubszeit abgehe, so dass nur wenige Monate verblieben, in denen der Bürger informiert werden könne. Es werde nicht nur Aufgabe des Rates sein, sondern man hoffe, dass der Oberbürgermeister seine Ankündigung wahr mache und einen Profi damit beauftrage, die Information rüberzubringen, die nötig sei. Vonseiten seiner Fraktion werde man alles unternehmen, um das Ganze zu einem Erfolg zu führen. Man stimme dieser Gebührensatzung zu und werde auch weiterhin bemüht sein, alle Anregungen und Ideen zu prüfen. Man sei daran interessiert, dass der Bürger so wenig wie möglich belastet werde.

Herr Hellmann erklärt, er werde dieser Gebührenerhöhung nicht zustimmen und möchte auch den Rat bitten, seine Zustimmung nicht zu geben. Seiner Meinung nach sei das Maß voll und es nicht mehr zumutbar, in dieser Größenordnung Gebührenerhöhungen zuzulassen. Man habe sehr hart diskutiert im Stadtplanungsausschuss, als die großen Müllfahrzeuge angeschafft worden seien, obwohl die Bürger Probleme bekommen hätten, weil die Fahrzeuge nicht in alle Straßen hineinfahren könnten, und sich darum bemüht, die Sache in den Griff zu bekommen und die Kosten zu senken.

In den Jahren 1993 bis 1998 habe die Stadt Überschüsse aus dem DSD in den Gebührenerhaushalt hineingebracht und damit die Gebühren niedrig gehalten. Jetzt müsse man 1,2 Mio. nachzahlen. Diese Nachzahlung müsse man aus dem normalen Haushalt nehmen und dürfe sie nicht dem Bürger anlasten. Er sei sich sicher, dass ein Bürger, der sich heute hier niederlasse und gegen die neuen Gebühren klagen würde, Recht bekäme. Seiner Meinung nach sollte man den Betrag aus dem laufenden Haushalt nehmen und würde damit die Gebührenerhöhung in den Griff bekommen, so dass sie wirklich nur minimal sei.

Herr Hegewald führt aus, es werde hier von einem Spottpreis bei der Sperrmüllabfuhr gesprochen. Wenn zwei oder drei Fahrzeuge vorfahren müssten, um den Sperrmüll abzuholen, dann handele es sich nicht um das Sperrgut eines einzelnen Bürgers, sondern die Anwohner hätten sich zusammengetan und den Sperrmüll gesammelt, um Kosten zu sparen. Das Defizit der Sperrgutabfuhr werde nicht reduziert, sondern hier müssten schon andere Vorschläge kommen, um dieses zu reduzieren. Seine Fraktion werde das so ablehnen.

Dem Wiegesystem dagegen, das seine Fraktion schon seit Jahren fordere, werde man zustimmen, weil dadurch eine annähernde Gebührengerechtigkeit erreicht werde. Der Beratungsbedarf für die Bürger werde intensiv sein, und da sei die Verwaltung in erster Linie gefordert, erst in zweiter Linie der Rat. Auch seine Fraktion werde bei jeder Gelegenheit, weil es sich um ihre Idee handele, die Bürger beraten.

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Herr Hemken stellt klar, dass, wenn man Überschüsse aus dem DSD in den Müllhaushalt hineinnehme und ihn damit entlaste, man auch die Kosten d.h. die Gewerbesteuer in den Gebührenhaushalt hineinnehmen müsse. Das Gebühren- und Beitragsrecht sei so gestaltet, dass man zunächst durch Gebühren und Beiträge eine Deckung erzielen müsse, und was durch Gebühren und Beiträge nicht gedeckt werde, durch die Steuern decken müsse. Dies gehe so aus dem Kommunalrecht hervor, und auch die Aufsichtsbehörde habe ihm bestätigt, dass man dazu verpflichtet sei.

Auch die Bildung von Rückstellungen sei schon verschiedentlich behandelt worden. Er möchte den Vorwurf zurückweisen, dass der Rat nicht rechtzeitig informiert worden sei. Die Verwaltung habe immer das weitergegeben, was ihr bekannt gewesen sei und worüber Einmütigkeit bestanden habe. Es sei schon richtig, dass diese Rückstellungspflicht bezüglich der Körperschafts- und Gewerbesteuer schon 1998 bestanden habe und in die Kosten hineingehöre. Man sei aber davon ausgegangen, dass das nur für 1998 Gültigkeit habe, während die Bundesfinanzverwaltung 1999 gesagt habe, dass dies nicht nur jährlich, sondern sogar rückwirkend gelte. Somit gehe es nicht um 300.000 DM, sondern um 1,2 Mio. DM, eben durch das rückwirkende Inkrafttreten der Steuer, wodurch man in die Verlegenheit gekommen sei, sie weitergeben zu müssen.

Er möchte ganz deutlich sagen, das Hineinnehmen der Überschüsse aus dem DSD habe den Gebührenhaushalt trotz dieser Steuer, die man zahlen müsse, um über 1 Mio. DM entlastet. Hätte man das DSD vom Gebührenhaushalt getrennt, hätte man damals sofort erhöhen müssen.

Am härtesten getroffen habe jedoch seinerzeit die Mitteilung aus Bremerhaven bezüglich der Nachrüstung der Anlage, die sich bei allen Städten in einer Höhe niedergeschlagen habe, die man nicht so schnell habe in den Griff bekommen können. Wenn man anständige Umweltbedingungen fordere, dann koste das Geld, und dieses sei über die Verbrennungskosten auf die Kommunen umgelegt worden.

Wenn hier gesagt werde, 1990 hätte der 35 Liter-Eimer noch 80,00 DM gekostet, so möchte er daran erinnern, dass immer gesagt worden sei, man wolle die Gebühren für den 35 Liter-Eimer möglichst niedrig halten, um die Müllvermeidung zu fördern. Wenn die Verwaltung damals darauf bestanden hätte, kostendeckend zu arbeiten, dann wäre dieser Betrag weit aus höher gewesen.

Herr Bongartz bemerkt, es sei hier im Rat Einmütigkeit zu erkennen, das Wiegesystem einzuführen, weil man in diesem System die einzige Möglichkeit sehe, auf Dauer die Gebühren gerecht zu verteilen. Nur das Wiegesystem trage dem Verursacherprinzip Rechnung, d.h. wer weniger Müll produziere, werde weniger bezahlen müssen, von den Grundgebühren und den Fixkosten einmal abgesehen.

Er möchte die Ausführungen von Herrn Bolinius aufgreifen. Wenn heute vorgeschlagen werde, das Wiegesystem zum 01.01.2001 einzuführen, dann sollte dies zunächst als eine Empfehlung betrachtet werden. Er könne sich gut vorstellen, dass man auf dem Wege dorthin noch ein wenig mehr Zeit brauche. Die Bürger befürchteten, dass man auch über das Wiegesystem wieder an ihr Portemonnaie wolle. Darum sei es wichtig, dass alle miteinander versuchten, eine umfassende Aufklärung zu betreiben, die letztendlich, wenn sie perfekt sei, auch auf die Akzeptanz des Bürgers stoße und er in dem neuen System einen Vorteil für sich erkennen könne. Bevor das nicht gelungen sei, sollte man das Wiegesystem nicht einführen.

Der eigentliche Müll sei in den letzten Jahren aufgrund der gewissenhaften Trennung der Abfälle durch die Bürger immer weniger geworden, und dann sei es schwer nachvollziehbar, dass dieser immer teurer werde. Das sei die größte Erklärungsnot, in der man sich befinde.

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Die großen Müllfahrzeuge seien angeschafft worden, um die Kosten zu reduzieren mit der Folge, dass man in verschiedene Straßen nicht mehr hineinfahren können. Die Anlieger seien aufgefordert worden, die Mülleimer an die Straße zu stellen, nur so werde es entsprechend kostengünstiger. Das sei gerade ein Jahr her, und jetzt müsse man den Leuten sagen, dass die Gebühren wieder in erheblichem Umfange anstiegen. Das sei ein riesenproblem, dem man sich stellen müsse.

Er möchte auch darauf hinweisen, dass es nicht mehr lange dauern werde, bis man gemäß Vertrag die Schlacke aus Bremerhaven zurücknehmen und anderweitig unterbringen müsse, was sich dann ebenfalls wieder in den Gebühren niederschlagen werde.

Herr Renken erklärt, bezüglich des Wiegesystems bestehe Konsens, dass dies ein wesentlicher Schritt zu mehr Gebührengerechtigkeit sei, weil der Anreiz zur Müllverwertung und -vermeidung erhöht werde, und durch Herabsetzung des Verbrennungspreises als wesentlicher Faktor des Müllhaushaltes könnten wesentliche Kosteneinsparungen erzielt werden. Die Frage sei nur, ob das der richtige Termin zur Einführung sei, da noch viele Probleme, wie sie auch in Detmold angesprochen worden seien, gelöst werden müssten. Es wäre besser, wenn mit einer Pilotphase in einem bestimmten Stadtteil begonnen werde, um Erfahrungen zu sammeln. Man hätte sich auch gewünscht, dass die 240 Liter-Tonne beibehalten würde.

Wenn man auf die Biotonne verzichten könne, so werde dies auch von seiner Fraktion begrüßt, um die Eigenkompostierung und Abfallverwertung zu fördern. Ob das wirklich so klappe, müsse sich am Ende eines Jahres herausstellen. Es sollte eine Hausmüllanalyse erstellt und darauf aufbauend eine Entscheidung getroffen werden, wie es mit der Biotonne weitergehen solle.

In der sich anschließenden Diskussion legen die **Herren Hemken, Hellmann** und **Bongartz** sowie **Frau Everwien** noch einmal ihre Standpunkte dar.

Herr Brinkmann führt aus, er gehöre seit 1981 dem Rat an, und immer dann, wenn es um die Müllgebühren gegangen sei, sei eine sehr lange und heftige Debatte geführt worden. Dies sei auch notwendig, um deutlich zu machen, wo die Fraktionen die Probleme sähen. Die Ausführungen von Herrn Renken möchte er jedoch nicht so stehen lassen. Natürlich habe er gesagt, dass Gebühren nicht ins Unermessliche steigen sollten, das heiße jedoch nicht, dass sie nicht steigen würden. Es gebe Dinge, die einfach dazu zwängen, über die Gebührenpotentiale nachzudenken, und es gebe ferner Dinge, die zunächst die Verwaltung zwingend beauftragten, über Kostendämpfung nachzudenken.

Natürlich müsse der Bürger zunächst das Gefühl haben, dass es billiger werde, wenn anstatt vier nur noch drei Fahrzeuge im Einsatz seien. Dadurch ergebe sich aber im Umkehrschluss, dass die Preissteigerung noch größer gewesen wäre, wenn man das nicht gemacht hätte. Es sei die Verpflichtung der Verwaltung, im eigenen Hause alles zu unternehmen, um kostendämpfend zu wirken. Im Übrigen hätten die Überlegungen der Verwaltung, wie man den Kostenanteil bei den Personal- und Sachkosten verändern könne, vor seiner Zeit als hauptamtlicher Oberbürgermeister stattgefunden.

Er habe vier Jahre dem Landtag angehört, und in dieser Zeit seien es gerade die Grünen gewesen, die immer darauf gedrängt hätten, bestimmte Umweltstandards einzuführen. Was dann in Bremerhaven passiert sei, sei auf die Politik der Grünen zurückzuführen, nämlich dass die Abgaswerte entscheidend hätten zurückgefahren werden müssen. Der Geschäftsführer aus Bremerhaven sei in Emden vorstellig geworden und habe verlangt, dass die Stadt Emden sich an der Investition von 80 Mio. DM beteiligen müsse. So sei es dem Rat vorgestellt worden.

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Man streite zu Recht über eine Gebührenerhöhung, er möchte aber darauf hinweisen, dass jemand, der eine 120 Liter-Tonne habe und die Gebühren auf den Tag umrechne, täglich eine Boulevard-Zeitung bezahle. Und wenn jemand 100 l Sprit im Monat verbrauche, dann zahle er dafür sechs Mark Ökosteuer. Dies könne man auf alle Bereiche des täglichen Lebens wie z.B. Strom, Gas, Wasser usw. beziehen.

Man solle nicht so tun, als wenn die Verwaltung Vorschläge unterbreite, die unredlich seien. Sie passe sich nur an, denn Umweltstandards kosteten Geld, und diese Kosten würden in einem bestimmten Umfang an die Bürger weitergegeben. Die Müllgebühren setzten sich aus Personal- und Sachkosten sowie den Verbrennungs- und Transportkosten von Emden nach Bremerhaven zusammen. Das sollte man in diesem Kreis so akzeptieren.

Wenn der Verwaltung vorgehalten werde, dass sie nicht ausreichend informiere, dann möchte er darauf hinweisen, dass er seit 1 3/4 Jahren um mehr Geld für die Ausstattung der EDV bitte. Diese funktioniere noch nicht an den entscheidenden Schnittstellen, so dass es im Augenblick nicht möglich sei, einen Vierteljahresbericht abzurufen. Er hoffe, dass man es im Laufe des Jahres hinbekomme, damit der Kämmerer dem Rat den gewünschten Bericht geben könne.

Es mache keinen Sinn, wenn der Rat beschließen würde, 1,2 Mio. DM aus dem Haushalt zu nehmen, denn dann würde er heute schon darauf hinweisen, dass er Einspruch einlegen müsste. Niemand könne ihm zumuten, gegen das geltende Recht zu verstoßen.

Was das Wiegesystem betreffe, so sei es das erklärte Ziel, dieses bis zum 01.01.2001 einzuführen. Er könne seinen Kopf nicht dafür hinhalten, dass zu diesem Zeitpunkt wirklich alles funktioniere, aber wenn man sich dieses Ziel nicht setze, dann werde alles hinausgeschoben bis zum 01.04., 01.06. oder 01.09.2001, und plötzlich befinde man sich im Wahlkampf, wo dann diese Diskussion aufflamme. Von daher sollte man alles daransetzen und auch der Verwaltung behilflich sein, das in die Tat umzusetzen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 13/1200/1 als Anlage beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dagegen: 13

Punkt 10: Vorlage 13/1207
Änderung der Abfallsatzung der Stadt Emden zum 01.01.2001

Beschluss: Der Rat beschließt die dieser Vorlage als Anlage beigefügte Änderung zur Abfallsatzung der Stadt Emden.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dagegen: 2

Punkt 11: Vorlage 13/1225/1
Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung zum 01.01.2001

Beschluss: Der Rat beschließt die dieser Vorlage als Anlage beigefügte Gebührensatzung.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dagegen: 13

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Es wird eine Pause von 10 Minuten eingelegt.

(Herr Köhler verlässt die Sitzung.)

Punkt 12: Vorlage 13/1227
Friedhofssatzung der Stadt Emden

Herr Röttgers führt aus, auch hier sei eine Überarbeitung und Anpassung an die gesetzlichen Bestimmungen notwendig geworden unter Einbeziehung der geänderten Gebührenordnung.

Beschluss: Der Rat beschließt die dieser Vorlage als Anlage beigefügte Friedhofssatzung der Stadt Emden.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 13: Vorlage 13/1237
I. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2000

Herr Brinkmann teilt mit, das Jahr 1999 habe mit einem überaus positiven Ergebnis abgeschlossen; der Nachtrag von 17 Mio. DM liege auf dem Tisch. Darüber sollte man sich wirklich freuen auch vor dem Hintergrund, dass alle miteinander hier schon viel schwierigere und unangenehmere Dinge hätten bewältigen müssen.

Der Nachtrag in 1999 habe seinerzeit in der Verwaltung zu der Überlegung geführt, wie man den enormen Stau in der baulichen Unterhaltung im Hoch- und Tiefbau abbauen könne. Hier lägen Rat und Verwaltung auf einer Wellenlänge, weil man sich der Diskussion in der Bürgerschaft bewusst sei.

Beim Nachtrag 2000 gehe es darum, sechs Ziele zu erreichen, die man sich aufgrund der vom Rat gemachten Vorgaben gesteckt habe. Das ehrgeizigste Ziel sei der Bau von 2 1/2 Schulen. Dies sei deshalb ehrgeizig, weil man erstens ein solches Projekt noch nie angepackt habe und es zweitens auf ungewöhnliche Weise realisiert werde. Deshalb werde man vorschlagen müssen, einen erhöhten Ansatz in den Nachtrag aufzunehmen, um dieses Ziel zu erreichen. Er sei sich sicher, dass nach den Ferien diesbezüglich Ergebnisse auf dem Tisch lägen.

Das zweite Ziel sei, die Innenstadt stärker zu bedenken. Der Ausbau der Kirchstraße und der Lilienstraße, der Bau einer Parkpalette sowie einer öffentliche Toilette in besserer Ausstattung gehörten dazu. Des Weiteren gehe es darum, die Schwierigkeiten eines Emdener Sportvereins zu beenden und einem anderen Sportverein, der ebenfalls um Unterstützung gebeten habe, zu helfen.

Das vierte Ziel bleibe die Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten sowie die Sanierung des Frisia-Geländes. Ferner wolle man die Stadtwerke vor dem schwierigen Hintergrund des Energiewettbewerbs stärker mit Eigenkapital ausstatten. Er sei dankbar dafür, dass der Rat heute beschließe, die Verwaltungsgebäude in maßvollen Schritten zu sanieren sowie die EDV-Kapazitäten weiter auszubauen.

Diese Ziele habe die Verwaltung dem Rat zur Diskussion und Abstimmung vorgelegt. Er möchte sich beim Rat bedanken für die überaus faire Diskussion, die er der Verwaltung habe zuteil werden lassen, sowie für die Bereitstellung von Mitteln, damit die Mitarbeiter unter würdigen Umständen und in angemessener Umgebung arbeiten könnten.

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Er möchte die Gelegenheit nutzen, sich bei Herrn Hemken zu bedanken, der mit sehr großer Umsicht in den letzten Jahren die Haushalte aufgestellt und begleitet habe. Es sei ein schwieriges Unterfangen gewesen, wenn man bedenke, woher man gekommen sei und wo man heute stehe. Dies sollte einmal gesagt werden angesichts der Tatsache, dass es in anderen Landkreisen und Städten immer noch unausgeglichene Haushalte gebe.

Bei aller Freude sollte man aber auch daran denken, wie schnell es gehen könne, dass z.B. Firmen wie Ültje von der Schließung bedroht seien. Er habe gestern nach einem langen Gespräch entgegennehmen müssen, dass man an der Entscheidung wohl nichts ändern könne, weil der Markt in Europa anders gestaltet werde und deutsche Firmen sich darauf einstellen müssten.

Herr Hemken führt aus, beim I. Nachtragshaushalt für das Jahr 2000 gehe es um ein Investitionsprogramm von 17 Mio. DM, das voll aus dem guten Haushaltsjahr 1999 entwickelt worden sei. Zusammen mit dem Investitionsnachtrag aus dem vergangenen Jahr von ebenfalls 17 Mio. DM verfüge man schon über 34 Mio. DM. Darüber hinaus habe man noch Fehlbeträge in Höhe von 30 Mio. DM abdecken können. Diese Tatsache erfülle Rat und Verwaltung gleichermaßen mit besonderer Freude.

Herr Hemken gibt sodann die einzelnen Positionen der Nachtragshaushaltssatzung, wie in der Vorlage aufgeführt, bekannt.

Herr Leeker möchte namens der Fraktion ebenfalls seine Freude über diesen Nachtragshaushalt zum Ausdruck bringen, der weitgehend das Ergebnis glücklicher Umstände sei. Daran sei der Rat weniger beteiligt, weil der Steuerzahler der Stadt die Kassen gefüllt habe, und man müsse sich in der Tat bei denen bedanken, die ihren Beitrag dazu geleistet hätten.

Weiterhin könne man stolz darauf sein, dass dieses Ergebnis erreicht worden sei durch den Konsolidierungskurs, und er möchte auch darauf hinweisen, dass Emden eine der wenigen Städte sei, die mit solcher Einigkeit und Konsequenz das zustande gebracht habe. Das sei zwar in erster Linie Sache der Verwaltung gewesen, aber auch des Rates. Die Mehrheitsfraktion nehme ihren Anteil daran ausdrücklich in Anspruch.

Man sei über die Höhe erfreut und dankbar dafür, dass man viel früher als erwartet Geld ausgeben könne für dringend notwendige aber auch für weniger notwendige Dinge. Als dringend notwendig sehe man den Neubau der Schulen an aber auch die Aufwendungen für die Innenstadt, die Kanalisation usw. wie in der Liste im Einzelnen aufgeführt.

Es sei aber noch viel Geld nötig, um das in Ordnung zu bringen, was in den letzten Jahren nicht geschafft worden sei. An den Leserzuschriften in der Zeitung sehe man, dass die Bürger darauf achteten, was gemacht werde, und ungeduldig würden, wenn es nicht so schnell gehe, wie sie es erwarteten. Mancher meine auch, dass man nur damit beschäftigt sei zu überlegen, wie man das Geld unterbringen könne. So weit sei man noch nicht, und es wäre gut, wenn von allen Seiten darauf hingewiesen würde, dass man weiterhin vorsichtig mit dem umgehen müsse, was man bekomme.

Auch bei diesem Nachtrag sei man damit beschäftigt gewesen, im Detail zu überlegen, ob nicht diese oder jene andere Ausgabe getätigt werden könnte und sollte. Seine Fraktion habe vor allen Dingen auf drei Ausgaben bestanden, die sie dann zur Grundlage ihrer Zustimmung gemacht habe. Es gehe um den Fußweg in Petkum, den Sportplatz des FT 03 und die Bereitstellung von 40.000 DM für die Feuerwehr, und nachdem der Oberbürgermeister zugesagt habe, diese Ausgaben aus dem laufenden Haushalt zu decken, sei seine Fraktion bereit, dem Nachtrag zuzustimmen.

Man habe zur Kenntnis genommen, dass andere Fraktionen heute dem Nachtrag nicht zustimmen wollten, weil sie z.B. bei der Finanzierung der Sporthalle des BW Borssum anderer

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Meinung seien, indem sie davon ausgingen, dass hier ein gewerblicher Betrieb aufgemacht würde. Er denke, dass ein Fitness-Zentrum einem Sportverein gut anstehe, und wenn er von den Benutzern Gebühren nehme, dann sei das in Ordnung. Man könne das nicht vergleichen mit einem gewerblichen Betrieb.

Wenn man in Sachen Spöldeel Transvaal ebenfalls Ablehnung zeige, so nehme seine Fraktion das auch zur Kenntnis. Die Ausgabe habe einen anderen Namen bekommen, der zutreffender sei, nämlich Notausgang Dollartschule. Auch die Regelung bezüglich des Sportvereins BSV Kickers finde die Zustimmung seiner Fraktion. Man werde diesen Nachtragshaushalt, der sich ausschließlich auf den Vermögenshaushalt konzentriere, so akzeptieren und ihn notfalls auch durchsetzen.

Herr Hegewald möchte zunächst denen danken, die zu dem hohen Steueraufkommen beitragen, nämlich in erster Linie die Betriebe dieser Stadt mit ihren Mitarbeitern. Seine Fraktion habe sich eingehend mit dem Nachtrag beschäftigt und stimme in den meisten Positionen zu. Sie habe darauf gedrängt, dass die Schulen gebaut werden müssten und sei froh, wenn es jetzt losgehe.

Die Innenstadtgestaltung stoße ebenfalls auf das Interesse seiner Fraktion, und die Erhöhung des Stammkapitals der Stadtwerke gehe in Ordnung. Man stimme im Großen und Ganzen zu bis auf die Gewährung eines Darlehens an den BW Borssum. Die Aktivitäten des Vereins würden zwar begrüßt, aber es sei nicht in Ordnung, wenn mit dem Geld der Steuerzahler ein Verein unterstützt werde, der damit eine Art Gewerbebetrieb aufbaue, und andere Existenzen dadurch gefährdet würden.

Seine Fraktion mache das nicht mit und lehne deshalb auch diesen Etat ab. Die 200.000 DM könnte man anders verwenden, und zwar wolle man 50.000 DM in die Fortsetzung des Agenda-Prozesses und 150.000 DM in die Ausgestaltung der Schulen stecken, insbesondere deshalb, weil man im Schulausschuss gehört habe, dass die PC- und Internet-Fähigkeit an den Grundschulen, Orientierungsstufen und Realschulen nicht ausreichend sei.

Es werde begrüßt, dass die 150.000 DM nicht mehr für die Spöldeel Transvaal vorgesehen seien, sondern etwas Gutes für die Dollartschule getan werde. Damit werde vermieden, dass andere ebenfalls solche Ansprüche stellen könnten.

Herr Bolinius nimmt namens seiner Fraktion wie folgt Stellung:

"Viele Vorhaben, die meine Fraktion seit Jahren gefordert hat und die bisher nicht berücksichtigt wurden, sind aufgenommen worden. So zum Beispiel der **Ausbau der Lilienstraße und der Kirchstraße, der Neubau der Grundschulen** Petkum/Widdelswehr und Constantia sowie die Erweiterung der Grundschule Wolthusen. Hierfür wurden zunächst 4,0 Mio. DM eingesetzt. Die Erstellung soll durch Töchterfirmen der Stadt Emden erfolgen. Die Stadt mietet dann rund 4 Jahre diese Schulen und kauft sie dann von den Firmen zurück.

Diese Finanzierungsmethode wurde vor einigen Jahren erstmalig von der F.D.P.-Fraktion ins Spiel gebracht. Damals wurde der Vorschlag von der Verwaltung als zu teuer und für die Stadt Emden als nicht praktikabel angesehen und vehement abgelehnt. Inzwischen hat ein Umdenken bei der Verwaltung stattgefunden, was die F.D.P.-Fraktion als überaus positiv bewertet.

Auch die Verlegung der **Kanalisation im alten Dorfkern von Jarßum** - versehentlich war im Finanzplan kein Posten eingesetzt worden, die die F.D.P.-Fraktion mehrmals gefordert hatte -, wurde in den Verwaltungsvorschlag aufgenommen.

Der Zuschuss in Höhe von 150 TDM für die **Spöldeel Transvaal** ist gestrichen und für die Dollartschule eingesetzt worden. Damit sind wir einverstanden.

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Bezüglich der **Gewährung eines Darlehens für BW Borssum** hat es bei der Begründung 'Schaffung von Fitnessräumen' einige Irritationen gegeben. Nach einem Gespräch mit dem Vorsitzenden von BW Borssum, Johann Südhoff, ist für die F.D.P.-Fraktion klar, dass die 200 TDM zur Schließung einer Finanzierungslücke benötigt werden. Die Teuerungsrate und die Spenden sind lt. Südhoff nicht wie erwartet eingetroffen, überwiegend wird deshalb dieses Darlehen benötigt. Die F.D.P.-Fraktion wird der Gewährung des Darlehens an BW Borssum daher zustimmen.

Dem Rückkauf des B-Sportplatzes von **Kickers Emden** und der Gewährung eines Darlehens stimmen wir ebenfalls zu, wobei wir davon ausgehen, dass die von allen Fraktionen angeforderten Testate vorliegen und positiv sind.

Ich möchte die anderen Ansätze nicht mehr alle kommentieren, diese finden unsere Zustimmung, welche wir auch in den Ausschusssitzungen bereits zum Ausdruck gebracht haben.

Der F.D.P.-Fraktion sind von verschiedenen Seiten jedoch weitere Anträge zugegangen, die nicht im Nachtragshaushalt aufgenommen wurden, die jedoch zum Teil aus dem laufenden Haushalt bedient werden können, so der Zuschuss für die Sportplatzsanierung des Vereins **FT 03 Emden** in Höhe von 60 TDM, wie uns der Vorstand am 05.06.2000 in einem Gespräch mit allen Fraktionsvorsitzenden im Hotel "Faldernpoort" zugesagt hat.

Uns ist nicht klar, weshalb diese Zusage durch ein Schreiben vom 19.06.2000 des Leiters des FD Schule und Sport, Herrn Ammermann, jetzt wieder in Frage gestellt wird. Ja, in der Vorlage 13/1295, welche wir demnächst im Sportausschuss behandeln werden, schreibt er sogar, dass Mittel in diesem Jahr nicht mehr zur Verfügung stehen. Wir vertrauen jedoch auf die Zusage des Verwaltungsvorstandes vom 05.06.2000.

Den Kauf der ehemaligen Gaststätte "Zur Brücke" in **Twixlum** für rund 450 TDM für ein **Bürgerhaus**, wie von einer Twixlumer Initiative gefordert, lehnt die F.D.P.-Fraktion entschieden ab. Es ist uns nicht klar, warum vor einigen Jahren die Schule mit Zustimmung des damaligen Ratscherrn aus Twixlum abgebrochen wurde, hätte diese doch kostengünstig als Begegnungsstätte, wenn eine gefehlt hat, hergerichtet werden können.

Der **Verein "Das Boot"** hat beantragt, für die personelle Absicherung einer Sozialarbeiterin ab 01.10. d.J. jährlich 95 TDM für die Begegnungsstätte "Kumm rin" - Einrichtung für seelisch beeinträchtigte/behinderte Menschen - zur Verfügung zu stellen. Die F.D.P.-Fraktion unterstützt diesen Antrag. Vielleicht ist es möglich, diesen Betrag im normalen Haushalt unterzubringen. Inzwischen liegt ein neues Schreiben des Vereins vor. Ich habe am Montag im Verwaltungsausschuss noch einmal auf die Problematik hingewiesen. Vielleicht gibt es ja, wenn die Fraktionen sich einig sind, noch eine Möglichkeit der Hilfe für diesen Verein.

Wir sind mit dem I. Nachtragshaushalt insgesamt sehr zufrieden, bedanken uns ausdrücklich beim Verwaltungsvorstand für die gute Aufteilung der Mittel und geben hierfür unsere Zustimmung."

Herr Renken zeigt sich erfreut darüber, dass auch im Jahre 1999 außerordentlich hohe Gewerbesteuerereinnahmen zu verzeichnen gewesen seien. Wenn diese wirtschaftlich gute Situation anhalte, so sei das eine gute Perspektive für die Zukunft.

Was den Nachtragshaushalt betreffe, so sei seine Fraktion in vielen Punkten einverstanden, möchte aber ebenfalls wie die CDU ordnungspolitische Bedenken gegen die Gewährung des Darlehens an den Sportverein BW Borssum anmelden. Nach seiner Kenntnis handele es sich um eine zusätzliche Baumaßnahme, die mit einem gewerblichen Zweck verbunden sei.

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Die Pläne für die Schulen sollten so schnell wie möglich umgesetzt werden. In Sachen BSV Kickers bleibe seine Fraktion bei ihrer Meinung. Bezüglich der Stadtwerke sei es aus ihrer Sicht erfreulich, dass etwas unternommen werde, um die Eigenständigkeit zu erhalten und eine sinnvolle Kooperation mit anderen Partnern auf dem Energiemarkt zu ermöglichen.

Seine Fraktion begrüße besonders, weil sie sich dafür in den letzten Haushaltsberatungen eingesetzt habe, dass Mittel für den Erweiterungsbau der Jugendherberge eingesetzt worden seien. Damit werde man der Entwicklung und dem Anliegen der Jugendherberge gerecht und stärke sie in ihrem Erfolg, den sie vorzuweisen habe, für die Zukunft.

Man hätte sich einige Dinge anders gewünscht, denn mit den 200.000 DM für den BW Borssum sowie dem nicht mehr benötigten Eigenanteil für den Umbau des Bahnhofsvorplatzes in Höhe von 250.000 DM = zusammen 450.000 DM hätte man auch für den Agenda-Prozess einiges bewegen können. Auch die verstärkte Ausstattung der Verwaltung mit PC- und Internet-Anschlüssen liege ihnen sehr am Herzen.

Seine Fraktion habe auch ein Schreiben vom Stadtjugendring bekommen und hoffe, dass es möglich sei, durch die überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln oder durch Umschichtung im Verwaltungshaushalt die Ansprüche befriedigen zu können. Ebenso hätte man gewünscht, dass die Unterhaltung und der Ausbau von Spielplätzen eine größere Rolle spiele.

Er kündige hiermit an, dass seine Fraktion sich bei den nächsten Haushaltsberatungen dafür einsetzen werde, dass für die Begegnungsstätte "Kumm rin" eine Lösung gefunden werde.

Insgesamt sei man mit dem Nachtrag sehr zufrieden mit dem Wermutstropfen, der seine Fraktion dazu zwingt, aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht zuzustimmen.

In der anschließenden Diskussion hebt **Herr Grigull** hervor, dass sichere Fluchtwege in einer Schule mindestens genauso wichtig seien wie ein Radweg. Es würden viele Sportvereine in dieser Stadt unterstützt, so dass nichts dagegen gesprochen hätte, wenn man der Spöldeel Transvaal den Betrag hätte zukommen lassen, die sich um das Ansehen dieses Stadtteils verdient gemacht habe.

Die **Herren Hellmann** und **Bongartz** bekräftigen nochmals die Meinung ihrer Fraktion, dass man den Zuschuss an den BW Borssum so nicht mittragen könne, weil es viele Fitness-Betriebe in der Stadt gebe, die um ihre Existenz kämpfen.

Herr Jahnke stellt klar, dass es bei der Errichtung der Sporthalle in Borssum eine Preissteigerung gegeben habe, die man bei der Erstellung der Gesamtkalkulation noch nicht habe erkennen können. Es wäre ein Frevel gewesen, wenn man dieses i-Tüpfelchen vor dem Hintergrund der vielen Arbeitsstunden, die dort ehrenamtlich geleistet worden seien, versagt hätte. Vergleichbare Hallen kosteten 3 bis 4 Mio. DM, während man hier insgesamt auf 2 Mio. DM komme.

Wenn der Verein darüber nachdenke, Fitness-Geräte aufzustellen, und dafür einen Sponsoren finde, dann sei das sicherlich legitim. Es werde ein großes Angebot vorgehalten und es sei wichtig, die Halle zu nutzen und entsprechende Gelder hereinzuholen, um die Folgekosten tragen zu können. Er möchte betonen, dass hier keine städtischen Gelder verwendet würden, um einen Gewerbebetrieb hochzuziehen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte I. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2000.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dagegen: 11

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Punkt 14: Vorlage 13/1238
Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2001

Herr Hemken führt aus, nachdem der erste Eckdatenbeschluss auf Veranlassung der Bezirksregierung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gefasst worden sei und der zweite im vergangenen Jahr aufgrund des Neuen Steuerungsmodells, gehe es jetzt um den dritten Eckdatenbeschluss, und dieser sehe einen ausgeglichenen Haushalt für 2001 vor. Ob sich jetzt im Laufe des Jahres Veränderungen ergäben in positiver oder negativer Hinsicht, müsse sich zeigen.

Herr Jahnke trägt vor, in der Vorlage der Verwaltung heiße es, dass nach den Vorschlägen der KGSt zum Neuen Steuerungsmodell dem Rat bereits vor den Sommerferien Gelegenheit gegeben werden solle, sich zu den Eckdaten zum Haushalt 2001 zu äußern.

Im Handbuch der KGSt zum Neuen Steuerungsmodell heiße es jedoch auch, dass der Rat bei der Aufstellung der Eckdaten zu beteiligen sei, d.h. er stelle letztlich die Eckdaten für den Haushalt auf.

Andere Kommunen, die nach dem Neuen Steuerungsmodell arbeiteten, untermauerten ihren Eckdatenbeschluss im Gegensatz zur Stadt Emden mit umfassenden zusätzlichen Detailinformationen - die Stadt Detmold sei hier exemplarisch genannt.

Gerade bei den Gewerbesteuererinnahmen der Stadt Emden sei es in den letzten Jahren zu erheblichen Soll/Ist-Abweichungen gekommen. So sei der FD Finanzen bereits in den Jahren 1996 und 1997 vom Rechnungsprüfungsamt zu einer Stellungnahme aufgefordert worden. Besonders eklatant würden die Abweichungen, wenn man die Soll/Ist-Daten für das Jahr 1999 vergleiche.

Sicherlich hätten auch Gesetzesänderungen wie z.B. das Finanzausgleichsgesetz oder Änderungen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer oder Veränderungen in der Sozialgesetzgebung die Einnahmen- und Ausgabenstruktur teilweise erheblich beeinflusst.

Vor diesem Hintergrund hätten alle im Rat vertretenen Fraktionen bei der Verwaltung eine umfassende und permanente Berichterstattung zum laufenden Haushaltsjahr und zu den Eckdaten beantragt.

Herr Hemken habe daraufhin erstmalig in einer nichtöffentlichen Ausschusssitzung am 20.06.2000 eine sogenannte best case und worst case Betrachtung über die Finanzsituation der Stadt Emden für die Jahre 2000 und 2001 vorgenommen.

Seine Fraktion sehe dieses als Einstieg in eine neue Form der Berichterstattung und hoffe, dass mit dem Einsatz des neuen Finanzprogramms die Informationen an den Rat nachhaltig verbessert würden.

Gerade die Stadt Emden sei von der Konjunktur, besonders in der Automobilindustrie, sehr stark abhängig. Von daher sei es besonders wichtig, dass der Rat über die möglichen Chancen und Risiken bezüglich der städtischen Finanzen ständig auf dem Laufenden gehalten werde.

Natürlich stimme man mit der Verwaltung darin überein, dass man den Haushalt ausgleichen und nach Möglichkeit auch die entsprechenden Pflichtrücklagen einstellen müsse. Darauf werde seine Fraktion auch in Zukunft ihr besonderes Augenmerk richten.

Von daher und vor dem Hintergrund, dass die Verwaltung in Person von Herrn Hemken zugesagt habe, bei den Haushaltsberatungen im Herbst erneut einen Bericht über die Fort-

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

entwicklung der Haushaltsdaten 2000 zu geben und ggf. eine Überarbeitung der Eckdaten für 2001 vorzunehmen, werde seine Fraktion der Vorlage heute zustimmen.

Herr Hegewald geht ebenfalls davon aus, dass der Rat regelmäßig über die Finanzsituation der Stadt Emden unterrichtet werde. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu.

Herr Renken erklärt, seine Fraktion sei mit den Ausführungen der Vorlage nicht ganz zufrieden. Die Ausgaben im Vermögenshaushalt reduzierten sich auf die gesetzliche Mindestzuführung und den Kreditrahmen. Man stehe daher vor der Tatsache, über die weitere Entwicklung des Vermögenshaushaltes keine Aussage treffen zu können. Der Vermögenshaushalt sei die Masse, die in die Investitionen und Projekte der Stadt Emden fließe. Es sei also schon wichtig, aufgrund der Einnahmen aus der Gewerbesteuer Prognosedaten zu entwickeln, um den Rat bei der Aufstellung der Eckdaten beteiligen zu können.

Seine Fraktion gebe dieser Vorlage ihre Zustimmung, erwarte aber, dass der Rat im Laufe des Jahres zeitnahe Berichte über die Einnahmen und Ausgaben erhalte, damit der Eckdatenbeschluss 2002 nach entsprechender Beratung im zuständigen Fachausschuss eine breite Basis im Rat finde.

Herr Bolinius führt aus, im letzten Jahr sei erstmalig ein Eckdatenbeschluss nach dem Neuen Steuerungsmodell herbeigeführt worden, und der Eckdatenbeschluss für 2001 liege dem Rat jetzt vor. Man habe Verständnis dafür, dass der Kämmerer die Steuereinnahmen nicht zu euphorisch einschätze. Aufgrund eines gemeinsamen Antrages habe Herr Hemken einen ausführlichen Bericht gegeben und zugesagt, mit Hilfe des Finanzprogramms dem Rat laufend Bericht zu erstatten. Seine Fraktion sei zunächst zufrieden und stimme dem Vorschlag zu.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die dieser Vorlage als Anlage beigelegten Eckdaten zum Haushaltssoll 2001.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 15: Vorlage 13/1155
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i. V. m. § 89 NGO

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 2000 folgender überplanmäßigen Ausgabe zu:

Vermögenshaushalt - überplanmäßig:

6100-9400 Für Sondierungsmaßnahmen 52.211,64 DM

Ergebnis: einstimmig

Punkt 16: Vorlage 13/1156
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2000

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Punkt 17: Vorlage 13/1278
Schlachthof Emden GmbH;
Übertragung des Öffentlichkeitsvertrages

(Die Herren Brinkmann, Wessels, Südhoff, Odinga und Hellmann sowie Frau Pohlmann nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Herr Hemken erläutert die Vorlage.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt der Übertragung des Öffentlichkeitsvertrages von der EGZ Hümmling e. G. auf die ZG Organisationsgesellschaft für Fleischtransporte mbH, Detmold, zu.

Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung der Schlachthof Emden GmbH werden beauftragt, der Übertragung des Öffentlichkeitsvertrages von der EZG Hümmling e. G. auf die ZG Organisationsgesellschaft für Fleischtransporte mbH, Detmold, zuzustimmen.

Ergebnis: einstimmig
Befangen: 6

Punkt 18: Vorlage 13/1281
Beteiligung der Stadtwerke Emden GmbH an der EWE NaturWatt GmbH in Höhe von 50.000,00 DM

(Die Herren Brinkmann, Grigull, Jahnke, Vollprecht und Leeker sowie Frau I. Hoffmann nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Emden GmbH werden beauftragt, sich dem Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Emden GmbH vom 04.04.2000 anzuschließen und der Beteiligung der Stadtwerke Emden GmbH an der EWE NaturWatt GmbH in Höhe von 50.000,00 DM zuzustimmen.

Ergebnis: einstimmig
Befangen: 6

Punkt 19: Vorlage T 13/1285/1
Betriebssatzung für das Hans-Susemihl-Krankenhaus

Herr Hemken teilt mit, zu diesem Punkt liege dem Rat eine Tischvorlage vor. In der Sitzung am 24.02.2000 sei beschlossen worden, das Hans-Susemihl-Krankenhaus in einen Eigenbetrieb umzuwandeln. Die Verwaltung sei beauftragt worden, eine Betriebssatzung zu erstellen, die in der Projektgruppe, die per Beschluss gebildet worden sei, auch erarbeitet und eingehend beraten worden sei.

Im Krankenhausausschuss sei diese Betriebssatzung erläutert worden, der eine Ergänzung in § 6 vorgeschlagen habe dahingehend, dass Fraktionen und Gruppen, auf die bei der Sitzverteilung nach § 51 Abs. 2 NGO im Werksausschuss kein Sitz entfalle, ein zusätzliches Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss entsenden könnten.

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Weiterhin sei im VA angeregt worden, die geschlechtergerechte Formulierung in die Betriebssatzung aufzunehmen.

Herr Leeker erinnert daran, dass man sich im Februar noch kontrovers darüber gestritten habe, ob das Krankenhaus als GmbH oder als Eigenbetrieb geführt werden solle. Es sei ein Beschluss gefasst worden, einen Eigenbetrieb zu gründen, und heute liege schon eine Betriebssatzung vor. Daran könne man sehen, wie schnell und reibungslos es gehe, wenn beide Seiten guten Willens seien. Er hoffe, dass dies so bleibe und es gelinge, die Bediensteten weiterhin für eine Mitarbeit zu gewinnen.

Er glaube auch, dass man in Richtung Gesundheitszentrum etwas zustande bringen könne, weil sicherlich viele Ideen vorhanden seien. Erwähnenswert sei noch, dass die Befragung anderer Häuser, die eine Umwandlung vorgenommen hätten, ergeben habe, dass es keinen Regiebetrieb gegeben habe, der nicht die Stufe des Eigenbetriebes durchlaufen habe. Seine Fraktion werde an der weiteren Entwicklung intensiv mitarbeiten und hoffe, dass man ein leistungsfähiges Krankenhaus bekomme im Interesse dieser Stadt und der Region.

Herr Bongartz führt aus, seine Fraktion sei bezüglich der Entscheidung, ob Eigenbetrieb oder GmbH, unterschiedlicher Auffassung gewesen. Der Beschluss sei gefasst worden, und es sei guter Brauch im Rat der Stadt Emden, dass dann alle daran mitwirkten, das Beste daraus zu machen. Man hoffe auf eine gute Zusammenarbeit im Werksausschuss mit dem Ziel vor Augen, das Haus mit den Arbeitsplätzen zu erhalten und den Bürgern eine hervorragende medizinische Versorgung zu garantieren.

Herr Dr. Beisser erklärt, seine Fraktion sehe die erste Priorität darin, das Krankenhaus zu erhalten und zukunftsfähig zu machen. Sie habe trotz etwas anderer Meinung bezüglich der Gesellschaftsform selbstverständlich in der Projektgruppe mitgearbeitet und hätte sich gewünscht, zumindest ein Stimmrecht im Werksausschuss zu erhalten. Man hoffe aber, dass sich dies im nächsten Jahr ändern und seine Partei besser abschneiden werde.

Beschluss: Die Betriebssatzung für das Hans-Susemihl-Krankenhaus Emden wird gemäß der Vorlage 13/1285/1 beigefügten Anlage beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 20: Vorlage 13/1253
Erlass der Veränderungssperre Nr. 19 für den Geltungsbereich des B-Planes D 140 (Stadtteil Uphusen, Gebiet nördlich der Uphuser Straße)

Herr Hellmann verweist auf die von Herrn Groeneveld im Stadtplanungsausschuss abgegebene Stellungnahme seiner Fraktion, die auf dem Standpunkt stehe, dass diese Veränderungssperre nicht ausgesprochen, sondern eine Entscheidung für oder gegen den Landwirt getroffen werden sollte. Auch die Bautätigkeit könne in der Zwischenzeit nicht weitergehen.

Beschluss: Die Veränderungssperre Nr. 19 wird gemäß beigefügter Fassung als Satzung beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dagegen: 7

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Punkt 21: Vorlage 13/435/7
2. Änderung des Bebauungsplanes D 125 (Stadtteil Wolthusen, Folkmar-Allena-Straße)
- Satzungsbeschluss (Stadium III)

Beschluss: Der Bebauungsplan D 125, 2. Änderung nebst Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 22: Vorlage 13/674/3
Bebauungsplan D 138 (Stadtteil Borssum, östlich Wykhoffweg, südlich Kleingartenanlage "Heimaterde", nordwestlich "Borssumer Alte Maar", nördlich des Baugebietes D 119 "Ginsterweg")
- Änderung der Flächen für Ausgleichsmaßnahmen
- Änderung des 2. städtebaulichen Vertrages

Beschluss:

1. Statt auf Flächen in der Gemarkung Uphusen werden Ausgleichsflächen auf den Flurstücken 16 und 17, Flur 1, Gemarkung Logumer Vorwerk angelegt.
2. Die Stadt Emden ändert den 2. Städtebaulichen Vertrag mit der Fa. Emden Bau und Boden GmbH dahingehend, dass statt der Flächen in der Gemarkung Uphusen die Flurstücke 16 und 17, Flur 1, Gemarkung Logumer Vorwerk Gegenstand des Vertragsinhaltes werden.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 23: Vorlage 13/1065/3
Sanierung Barenburg "Soziale Stadt";
- Satzung über die Bildung eines Stadtteilbeirates

Herr Dr. Kleinschmidt weist darauf hin, dass Seite 3 der Satzung in neuer Fassung vorliege und ausgetauscht werden müsse.

Herr Röttgers führt aus, mit der Aufnahme des Stadtteils Barenburg in das Sanierungsprogramm "Soziale Stadt" habe sich die Stadt Emden verpflichten müssen, die Bürgerbeteiligung sicherzustellen. Erklärtes Ziel sei, die Eigeninitiative der Bewohner dieses Stadtteils zu stärken. In der vorliegenden Satzung würden die Zusammensetzung und die Aufgaben des künftigen Stadtteilbeirates festgelegt.

Angefangen habe es damit, dass sich aus der Stadtteilkonferenz ein Kommissarischer Stadtteilbeirat aus engagierten Teilnehmern gebildet habe, der zusammen mit der Verwaltung Vorschläge für die Regelung entwickelt habe, die allerdings in mehreren Anträgen und Beschlüssen verändert worden seien, so dass keine komplette Harmonie vorhanden sei, sondern nur weitgehende Einigung in einzelnen Positionen.

Gegenstand der Satzung sei, dass zunächst ein Gründungsstadtteilbeirat gebildet werde, der nach der ersten Version zwei Jahre hätte agieren sollen, um die Wahl des endgültigen Stadtteilbeirates durch das Bürgerforum vorzubereiten. Das sei geändert worden auf ein Jahr, und auch die Zusammensetzung habe sich geändert, indem das Modell 17 + 4 verfolgt werde, d.h. die 17 Vorschläge der Institutionen würden um 4 Bürger ergänzt, die nach In-

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

krafttreten der Satzung vom Bürgerforum gewählt würden. Der endgültige Stadtteilbeirat solle jeweils für zwei Jahre Gültigkeit haben und dann neu gewählt werden.

Er hoffe, dass aus dieser Zusammensetzung und der Arbeit des Stadtteilbeirates eine nachhaltige positive Entwicklung für die Sanierung des Stadtteils einsetze.

Herr Brinkmann hat an der ersten Versammlung in Barenburg teilgenommen und die Diskussion, die von Herrn Lücht geführt worden sei, verfolgt. Er habe die Euphorie mitbekommen, die dort geherrscht habe und die darin gipfelte, dass aus der Mitte der Versammlung mehrheitlich ausgerufen worden sei: "Lasst uns endlich anfangen, wir wollen die Chance nicht verpassen."

Nach langer Diskussion sei der Entwurf dann vorgelegt worden, der jetzt durch den Rat korrigiert werden solle. Im zuständigen Ausschuss und im VA sei der Verwaltung, und zwar dem Oberbürgermeister, aufgetragen worden, die Wahlversammlung zu leiten. Er möchte hier deutlich machen, dass er das nicht aus innerster Überzeugung machen könne und es auch nicht einsehe, vor Ort für etwas in Anspruch genommen zu werden, was er nicht vertrete. Vor diesem Hintergrund werde er gegen die geänderte Vorlage stimmen. Das Ergebnis werde er natürlich mit der gebotenen Korrektheit vertreten.

Herr Leeker erklärt, seine Fraktion werde der vorliegenden Fassung zustimmen, die das Ergebnis zahlreicher Gespräche und Kompromisse sei. Sie sei der Meinung, dass dieser Vorschlag geeignet sei, sowohl den Gründungsstadtteilbeirat als auch den Stadtteilbeirat zu installieren, und dass man damit den gewünschten Erfolg erzielen könne, auch in diesem Stadtteil die Eigeninitiative zu aktivieren und die Selbsthilfepotentiale zu mobilisieren sowie ein gemeinsames Bewusstsein zustande zu bringen. Die Dauer des Gründungsstadtteilbeirates habe man auf höchstens ein Jahr festgelegt.

Man wolle die Bürger sofort einbeziehen, um die Wünsche schon jetzt zu formulieren, und schließlich werde großer Wert darauf gelegt, dass die Bürger möglichst das Geschäft auch unter sich betrieben. Er sei sehr beeindruckt, was in Port Arthur/Transvaal entstanden sei, das man vorher nicht vermutet habe. Von daher sollte man sich darum bemühen, dass die Bürger des Stadtteils Barenburg für sich selbst etwas erreichten, und ihnen die Chance geben.

Herr Bongartz erklärt, seine Fraktion habe die Diskussion mit Interesse verfolgt und sei der Ansicht, dass es so schnell wie möglich losgehen sollte. Man habe dem Eingangsstatement des Pas-tors, der die Interessen der Bürger in Barenburg doch sehr deutlich dargelegt habe, entnommen, dass man zunächst ohne die Politik vorgehen und versuchen wolle, die Dinge allein in die Hand zu nehmen. Je mehr der Rat sich um die Dinge kümmere, desto mehr hätten die Bürger den Eindruck, dass sie von der Politik vereinnahmt werden sollten, was gar nicht beabsichtigt sei.

Der Rat sollte die Ausführungen des Schreibens des Kommissarischen Stadtteilbeirates, das den Ratsmitgliedern übersandt worden sei, beachten und dem Beirat die Chance geben, die Sache allein zu gestalten. Seine Fraktion werde gegen die Vorlage stimmen.

Herr Züchner spricht sich namens seiner Fraktion ebenfalls gegen die Vorlage aus. Die Gründe habe man schon in einer früheren Sitzungen dargelegt. Er habe maßgeblich bei der Gründung des Behindertenbeirates mitgewirkt und dabei festgestellt, dass man eine gespaltene Solidarität gegenüber der Fraktion und gegenüber dem Beirat habe. Er sei dafür, die Bürger ihre Vorstellungen selbst einbringen zu lassen und sie im Entscheidungsprozess nicht zu beeinflussen.

Herr Dr. Beisser erklärt, seine Fraktion werde ebenfalls gegen die Vorlage stimmen. Führende Politiker hätten einmal geäußert, dass der Bürger die ureigenste Lebensführung nicht

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

selbst finden könne, ohne von den Politikern geleitet zu werden. Dass die Bürger das nicht wollten, hätten sie offen bekundet. Durch die Hinzuziehung von neun Ratsmitgliedern werde das Gremium stark vergrößert und die Arbeit erschwert, wie auch von Herrn Pastor Hinrichs in dem Schreiben dargelegt. Mit der Amtszeit des Gründungsstadtteilbeirates von einem Jahr sei man einverstanden.

Herr Scholl führt aus, der ursprünglich entstandene Streit habe nichts damit zu tun gehabt, dass der Rat für sich beansprucht habe, in dem Beirat vertreten zu sein. Es habe sich jetzt ergeben, dass eine beratende Teilnahme möglich werde, ansonsten bleibe es dabei, dass dem Stadtteilbeirat keine stimmberechtigten Ratsmitglieder angehörten.

Herr Röttgers habe darauf hingewiesen, dass es auf die Beteiligung der Bürgerschaft des Stadtteiles ankomme. In den §§ 1 und 2 der Satzung werde deutlich gemacht, dass die Mitwirkung der Einwohner Voraussetzung sei. Es sei nur recht und billig, dass die Einwohner auch vom ersten Tage an direkt beteiligt würden und über eine Wahl die Vertreter der Einrichtungen und Organisationen dabei seien.

Ihn habe der Brief von Herrn Pastor Hinrichs doch sehr betroffen gemacht, denn es werde darin eine Position verdeutlicht, die an die Apartheidpolitik erinnere, die in Südafrika geherrscht habe. Die Minderheit der weißen Bevölkerung habe für die große Mehrheit gesprochen, da sie dazu nicht fähig gewesen sei. Es werde vorgeschlagen, den Gründungsbeirat zunächst ohne die Bürgervertreter/innen einzusetzen und die Bürgerwahl erst nach zwei Jahren vorzunehmen, nachdem die Bürger des Stadtteils Barenburg für diese Aufgabe fit gemacht worden seien.

Frau Kaune bittet den Ratsvorsitzenden, die Äußerungen von Herrn Scholl zu unterbinden, da man sich als gewählte Vertreter der Bürger dies nicht anhören müsse.

Herr Scholl fährt fort, ihm gehe es darum, dass die Bürger Barenburgs so früh wie möglich und soweit wie möglich selber wählen könnten, durch wen sie vertreten sein wollten. Man wolle sich das, was in die Satzung aufgenommen worden sei, nicht durch dieses neuerliche Schreiben zerstören lassen.

Herr Dilling bemerkt, er sei 1996 in den Seniorenbeirat gewählt worden, der sich sehr früh mit der Sanierung in Barenburg befasst, einen Delegierten in den Gründungsstadtteilbeirat entsandt und entsprechende Beschlüsse gefasst habe. Er bitte um Verständnis, dass er der Vorlage nicht zustimmen könne. Ihm sei die Zusammenarbeit mit den Leuten in Barenburg sehr wichtig im Sinne der Senioren.

Herr Dr. Kleinschmidt lässt über die Vorlage abstimmen.

Abweichender

Beschluss:

Die Satzung über die Bildung eines Stadtteilbeirates im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative "Soziale Stadt" für den Stadtteil Barenburg wird gemäß dieser Vorlage beigefügten Anlage beschlossen mit folgender Änderung:

In § 4 Abs. 2 wird der Satz 5

Die Wahlvorschläge werden auf der Wahlversammlung entgegengenommen; das Wahlverfahren wird von der Wahlversammlung festgelegt.

wieder aufgenommen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dagegen: 13
Enthalt.: 1

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Punkt 24: Vorlage T 13/1235/3
1. Satzung zur Änderung der Satzung über den Schutz des Baumbestandes;
Antrag der SPD-Fraktion vom 15.05.2000

Ergebnis: Dieser TOP wurde abgesetzt.

Punkt 25: Vorlage 13/1231
10. Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Emden

Beschluss: Die der Vorlage 13/1231 als Anlage beigefügte 10. Änderungsverordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Emden wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 26: Vorlage 13/1259
Verlagerung des Schulkindergartens der Fruchteburgschule an die Grundschule Grüner Weg

Beschluss: Der Rat beschließt, mit Wirkung vom 01.08.2000 den Schulkindergarten der Fruchteburgschule an die Grundschule Grüner Weg zu verlagern. Die schulbehördliche Genehmigung nach § 106 Abs. 6 NSchG ist bei der Bezirksregierung Weser-Ems zu beantragen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 27: A n t r ä g e

1. Vorlage 13/1292
Resolution zum Zustand der Kai-Anlagen am Alten Binnenhafen in Höhe des Hafentors;
- Antrag der CDU-Fraktion

Herr Hegewald führt aus, der Antrag begründe sich von selbst. Seine Fraktion bestehe allerdings nicht auf dieser Formulierung, sondern sei auch mit einer anderen Form einverstanden. Man habe im Vorfeld mit dem Oberbürgermeister gesprochen, der erläutern wolle, weshalb der Antrag zurückgezogen werden sollte.

Herr Brinkmann bittet darum, den Antrag zurückzuziehen vor dem Hintergrund, dass die Verwaltung tätig geworden sei und intensive Gespräche geführt habe, um im Rahmen des Förderprogramms diese Maßnahme anzumelden. Er wolle hier nicht das komplizierte Verfahren, wie man an welche Mittel herankomme, darlegen, sei aber zu Auskünften bereit. Er habe diesbezüglich auch schon Erläuterungen gegeben.

Seiner Meinung nach sei es besser, wenn man diesen Antrag nicht behandle, sondern stattdessen erkläre, dass der Rat erwarte, dass die Verwaltung alles tue, um das in dem Antrag formulierte Ziel zu erreichen.

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Herr Hellmann erklärt, seine Fraktion habe den Antrag gestellt aus der Kenntnis heraus, dass die Verwaltung in dieser Frage nicht tätig geworden sei. Man sei erfreut darüber, dass dies doch der Fall sei, und gehe davon aus, dass die Verwaltung das in der Fraktion näher erläutern werde. Vielleicht könne man sich darauf verständigen.

Bisher habe man unter dem Eindruck gestanden, dass sich das Ganze hinziehe und nichts passiere. Emden sei eine schöne Stadt, die immer stärker vom Tourismus lebe. Sie habe ein Pfund, mit dem sie wuchern könne, nämlich das Wasser mitten in der Stadt. Der Handel könne ebenfalls davon profitieren, und angesichts der Gründung des Bündnisses für die Innenstadt sehe man hier eine ganz wesentliche Maßnahme, die Gemeinde zu fördern. Es seien 50 Parkplätze verloren gegangen, weil dort nichts geschehen sei.

Wenn man höre, dass man mit dieser Resolution eher schade, werde man den Antrag zurückziehen. Seiner Fraktion liege am Herzen, dass dort so schnell wie möglich etwas passiere zum Wohle der Innenstadt, der Bürger und der Touristen.

Herr Haase kann nur bestätigen, dass sich viel bewege vor und hinter den Kulissen. Emden sei z.B. von drei europäischen Städten in Projekte aufgenommen worden. Vielleicht könne man sich darauf einigen, der Verwaltung den Auftrag zu geben, die Verhandlungen in der gebotenen Weise weiterzuführen und vierteljährlich im VA einen Bericht zu geben. Über die Zielsetzung sei man sich einig, aber wenn man jetzt etwas kaputt mache, nütze es niemandem.

Herr Hegewald erklärt, seine Fraktion ziehe den Antrag zurück unter der Voraussetzung, dass man näher informiert werde, entweder im VA, im Ausschuss oder in der Fraktion.

Herr Brinkmann legt Wert auf die Feststellung, dass über dieses Thema im VA berichtet worden sei.

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgezogen!

2. Vorlage 13/1236/1
Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Renken teilt mit, die Begründung des Antrages liege dem Rat vor. Seine Fraktion habe den Antrag nicht im Alleingang einbringen wollen, sondern angesichts der Bedeutung des Themas - es handele sich um ein düsteres Kapitel der Stadtgeschichte -, sollten sich alle dazu äußern. Man habe einen gemeinsamen Antrag zustande bringen wollen, was jedoch nicht gelungen sei. Die F.D.P.- Fraktion habe ihm signalisiert, dass sie dem Antrag im Grundsatz zustimmen könne. Man sei auch bereit, einige Punkte zu verändern oder herauszunehmen.

Der Deutsche Städtetag warne seine Mitglieder davor, voreilig Zahlungsverpflichtungen einzugehen, solange nicht auf Bundes- und Landesebene eine Regelung getroffen worden sei. Der Antrag enthalte keine Formulierung, die eine solche Zahlungsverpflichtung vorsehe, sondern im 1. Absatz heiße es "Die Stadt Emden wird einen eigenen Beitrag in den Fonds zur Wiedergutmachung für ausländische Zwangs- und Fremdarbeiter einzahlen, sofern nicht über eine Landesregelung, an der die Kommunen finanziell beteiligt werden, eine andere Lösung zustande kommt." Insofern seien die Bedenken eigentlich unbegründet.

Zum dritten Absatz des Antrages schreibe die Verwaltung, dass sie es nicht für sinnvoll halte, jetzt schon Beträge für bestimmte Projekte in den Haushalt aufzunehmen. Er sei davon überzeugt, dass im Grunde niemand dagegen sei, dass die Stadt Projekte fördere. In Em-

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

den habe man sich schon Anfang 1992 auf Initiative von Herrn Pretikewitz mit diesen Dingen befasst, und die Stadt Emden habe über das Kulturamt und das Einwohnermeldeamt einen Beitrag geleistet, um eine Dokumentation zu unterstützen, die im Bunkermuseum ausliege.

Seine Fraktion sei der Meinung, dass hier jetzt wieder mehr geschehen könnte. So solle z.B. die Stadt Bochum zunächst 50.000 DM für die Förderung von Projekten bereitgestellt haben. Es gebe Bemühungen, über ABM die Defizite in der Stadtgeschichte aufzuarbeiten. Wenn Dokumente fehlten, sollte man versuchen, mit Betroffenen in Kontakt zu kommen. Das seien Dinge, die der Arbeitskreis "Juden in Emden" in dem Bereich, den die jüdische Geschichte betreffe, aufgearbeitet habe.

Er möchte den Vorschlag machen, aus Punkt 3 des Antrages den Satz "Zu diesem Zweck wird ein Betrag in Höhe von DM 50.000 im Haushalt bereitgestellt." herauszunehmen sowie in Punkt 4 den letzten Satz "Die Ratsmitglieder in den Aufsichtsgremien der städtischen Unternehmen handeln gemäß diesem Beschluss." zu streichen.

Bezüglich Punkt 4 halte er es für wichtig, dass nicht nur die politischen Parteien in der Stadt signalisierten, etwas zu tun, sondern die Stadt Emden die Unternehmen auffordere, sich an dem Fonds zu beteiligen. Es genüge nicht, dass ein großes Werk wie VW dieser Stiftungsinitiative beigetreten und selbst Gründungsmitglied sei, sondern der Appell müsse an alle Unternehmen in der Stadt gehen.

Herr Brinkmann bemerkt, wenn man die Geschichte der Zwangsarbeiter wirklich aufarbeiten wolle, dann bedürfe es einer Initiative wie den Arbeitskreis "Juden in Emden". Es müssten sich Menschen finden, die bereit seien, in mühseliger Kleinarbeit und mit sehr viel Engagement diesen Teil der Emdener Geschichte aufzuarbeiten. Wenn es einen solchen Arbeitskreis gebe, vielleicht sogar eine Erweiterung des Arbeitskreises "Juden in Emden", dann wäre es für ihn selbstverständlich, dem Rat vorzuschlagen, das zu unterstützen. Er sei sich sicher, dass der Rat selber die Initiative ergreifen würde.

Er sei sich auch sicher, dass man mit den Töchterunternehmen reden könne und diese bereit seien, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an dieser Initiative zu beteiligen und einen Beitrag zu leisten.

Vor diesem Hintergrund schlage er vor, dass heute ein Signal vom Rat ausgehe, dass sich Menschen in Emden finden mögen, die bereit seien, eine Ausarbeitung des Themas vorzunehmen, die auch Bestand habe, und der Rat eine solche Initiative unterstütze.

Nach Ansicht von **Herrn Leeker** sei zunächst einmal die Wirtschaft aufgefordert, sich an dem Fonds zu beteiligen, denn es fehle ein wesentlicher Teil der Wirtschaft bei der Entschädigungszahlung, und man habe den Eindruck, dass die öffentliche Hand immer wieder in Anspruch genommen werden solle. Dass der Bund einen beachtlichen Teil zahle und diese Zahlung natürlich auf Land und Kommunen umgeleitet werde, sei klar. Auch die Zahlungen der Industrie würden durch die reduzierte Gewerbesteuer mit Sicherheit die Kommunen erreichen.

Man könne eine solche Resolution fassen, allerdings werde sie mit den Vorbehalten eher zu einer Good-will-Erklärung, und das sei eigentlich zu wenig. Die Stadt Emden sollte wie die anderen Städte auch auf ein Signal des Städtetages warten und dann ihren Anteil leisten. Man verkenne nicht, dass dieser Teil der Geschichte bewältigt werden und man sich das etwas kosten lassen müsse.

Der Oberbürgermeister habe ihm in einem Gespräch gesagt, dass er bereit sei, aus laufenden Haushaltsmitteln Geld zur Verfügung zu stellen für einen Arbeitskreis analog dem Arbeitskreis "Juden in Emden", der diesen Teil der Geschichte aufarbeiten wolle. Nur habe

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

man zurzeit Hemmungen, diesem Antrag so ohne weiteres zuzustimmen. Bisher kenne man keine andere Stadt in Niedersachsen, die einen solchen Beschluss gefasst habe.

Herr Bongartz erklärt, seine Fraktion könne sich den bisher gemachten Ausführungen im Prinzip schon anschließen. Die Aussagen des Städtetages seien richtungweisend für alle Kommunen. Er möchte daran erinnern, dass die Bundesregierung mit 5 Mrd. DM an Steuergeldern in diese Problematik eingestiegen sei, und jetzt die Wirtschaft in der Pflicht sei, es diesem Beispiel gleichzutun.

Das könnte in dieser Stadt gefördert werden, indem man den Oberbürgermeister als Repräsentanten der Stadt Emden bitte, jede Gelegenheit wahrzunehmen, in den Firmen darauf hinzuweisen, ebenfalls einzusteigen und in diese Stiftung einzuzahlen.

Im Übrigen sei man klug beraten, zunächst abzuwarten und dem Oberbürgermeister zu vertrauen, dass er die Sache verantwortungsbewusst in die Hand nehme. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sollte ihre Resolution zurückziehen in dem Vertrauen, dass sorgfältig mit den Dingen umgegangen werde.

Herr Züchner möchte zu Punkt 3 des Antrages Stellung nehmen. Es sei vielleicht nicht bekannt, dass Emden ein Schwerpunkt von niederländischen Zwangsarbeitern gewesen sei. Es wäre daher ein gutes Signal, wenn Emden bereit sei, die Geschichte der Zwangsarbeit in Emden aufzuarbeiten. Er sei bereit, dabei mitzumachen.

Herr Bolinius berichtet, Herr Renken habe ihn schon vor Wochen angeschrieben und dargelegt, was er mit der Resolution bezwecken wolle. Er habe ihm daraufhin eine ausführliche Stellungnahme übersandt und grundsätzlich Zustimmung signalisiert. Er halte es für eine moralische Verpflichtung, dass die Stadt sich an einem Fonds beteilige. Es wäre zu wünschen gewesen, wenn man sich im Vorfeld geeinigt hätte und nicht jetzt ad hoc etwas mache und anfangs zu streichen.

Er habe am 16.06.2000 eine Anfrage an die Verwaltung gerichtet, bei der es u.a. auch um die Frage gegangen sei, wie die städtischen Gesellschaften sich verhielten. Diese Fragen hätte er gern beantwortet gehabt. Insgesamt stehe man diesem Antrag positiv gegenüber, der s.E. noch etwas anders formuliert werden könnte.

Herr Dr. Kleinschmidt hält es für schwierig, den Antrag in dieser Form zu beschließen. Ebenso könne man ihn schlecht ablehnen. Er bitte deshalb die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu überlegen, ob sie nicht den Antrag zurückziehen wolle und die Fraktionsvorsitzenden sich zusammensetzen sollten, um eine gemeinsame Resolution im Sinne der von Herrn Brinkmann gemachten Ausführungen voranzutreiben.

Nach Ansicht von **Herrn Haase** müsse man dieses Thema mit der gebotenen Sachlichkeit angehen. Es gebe genügend Gemeinsamkeit und guten Willen, zu einer gemeinsamen Resolution zu kommen. Ein Gerüst sei durch diesen Antrag gelegt, und ein weiterer Baustein sei hinzugekommen durch den von Herrn Brinkmann gemachten Vorschlag.

Man sollte sich die Zeit nehmen, eine gemeinsame Resolution aller vier Fraktionen zu entwickeln mit dem klaren Bekenntnis, dass der Rat sich der Bedeutung dieses Themas bewusst sei und auch Verantwortung für die Geschichte übernehme, sowie einem Appell an die Bürger, sich des Themas anzunehmen, und der Zusage, wenn es solche Bürger gebe, dass diese auch von Rat und Verwaltung unterstützt würden. Letzten Endes müsse eine weitere Komponente berücksichtigt werden, nämlich dass man als Rat in der nächsten Sitzung an die Wirtschaft appelliere, sich ihrer Verantwortung nicht zu entziehen. Es hätten sich bisher nur drei Betriebe beteiligt, das sei zu wenig.

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Herr Renken erklärt, nach den vielen Beiträgen werde seine Fraktion diesen Antrag heute zurückziehen. Er bedauere, dass man nicht im Vorfeld sich mit diesem Anliegen auseinandergesetzt habe und es zu einer Abstimmung gekommen sei. Es sei deutlich geworden, dass man die Wirtschaft auffordern müsse, sich mehr in dieser Sache zu engagieren. Er würde es begrüßen, wenn man ein Signal in Form eines Ratsbeschlusses entsenden könnte.

Seiner Meinung nach sollte die Wirtschaft noch vor der Sommerpause ihrer Verpflichtung nachkommen, da es im September schon Probleme geben könnte. Er ziehe den Antrag heute zurück in der Erwartung, dass sich alle an einen Tisch setzten, um zusammen mit dem Oberbürgermeister eine gemeinsame Resolution zu erarbeiten.

Herr Haase erklärt, vor der Presse sollte deutlich gemacht werden, dass sich keine Fraktion ihrer Verantwortung entziehe.

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgezogen!

Punkt 28: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Vorlage 13/1275

Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des vom Verein für Rettungsdienst, Krankentransporte und soziale Hilfsdienste e.V. (RKsH) vorzulegenden Abschlusses über die Durchführung des Rettungsdienstes in Emden für das Jahr 1998

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Herr Dr. Kleinschmidt erteilt Herrn Scholl das Wort, um eine persönliche Erklärung abzugeben.

Herr Scholl führt aus, er bedauere sehr, dass offensichtlich einige Ratsmitglieder sich durch seine Ausführungen verletzt fühlten. Er habe niemanden in diesem Raum treffen wollen und nehme den Vergleich mit der Apartheidspolitik in aller Form zurück.

Anfragen der Zuhörerinnen und Zuhörer zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21.40 Uhr.